

# RÜMSA FAQ - Häufig gestellte Fragen Handlungssäule I

11. Version Stand: 07.05.2019

Frequently Asked Questions, kurz FAQ, englisch für häufig gestellte Fragen, sind eine Zusammenstellung von oft gestellten Fragen in Bezug zu RÜMSA und den dazugehörigen Antworten. Die Zusammenstellung wird ständig erweitert und überarbeitet. Sämtliche Antworten werden seitens der Landesnetzwerkstelle RÜMSA mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration Sachsen-Anhalt (MS) und dem Landesverwaltungsamt (LVwA) abgestimmt.

Im Rahmen der Handlungssäule I soll eine funktionierende zuständigkeits- und rechtskreisübergreifende Kooperations- und Unterstützungsstruktur für Jugendliche am Übergang von der Schule in den Beruf aufgebaut und etabliert werden. Ziel ist es, zwischen allen beteiligten Akteuren abgestimmte und vernetzte Informations-, Beratungs- und Dienstleistungsangebote „unter einem Dach“ anzubieten.

Gerne beraten Sie die Beraterinnen und Berater der Landesnetzwerkstelle RÜMSA auch telefonisch, per Mail oder bei Ihnen vor Ort.

## Inhalt

1. Förderfähige Themen .....	2
2. Fortschreibung der Handlungssäule I.....	2
3. Zielvereinbarung mit Vorhabenbeschreibung.....	4
4. Änderungen der Zielvereinbarung mit Vorhabenbeschreibung .....	6
5. Einbindung von Schulen .....	7
6. Einbindung von Wirtschafts- und Sozialpartnern.....	8
7. Abgrenzung und Zusammenwirken mit anderen Angeboten und Förderprogrammen.....	8
8. Förderung/ Abrechnung .....	8
9. Pauschalen.....	10
10. Antragsunterlagen für das LVwA.....	12
11. Öffentlichkeitsarbeit.....	13
12. Informationen zum Wettbewerbsverfahren (Ideenwettbewerb) der Handlungssäule II.....	15
Anhang: Beispiel-Ablaufplan für die Verlängerung der HS I .....	18

Fragen	Antworten
<b>1. Förderfähige Themen</b>	
<p>1.1 Welche Themen in Handlungssäule I sind förderfähig?</p>	<p>Siehe RÜMSA Richtlinie Punkt 3.1.2.</p> <p>Leitziel in Handlungssäule I: Informations-, Beratungs- und Dienstleistungsangebote „unter einem Dach“ anbieten.</p> <p>Förderfähige Aufgaben in Handlungssäule I:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Koordinierung des Zusammenwirkens der beteiligten Partner und Steuerung der Umsetzung der Zielvereinbarung</li> <li>• Schaffung einer nutzbaren gemeinsamen Datenlage sowie Ermöglichung eines Datenaustausches durch die Partner</li> <li>• Aufbau und Etablierung eines Case-Management-Systems auf Organisationsebene</li> <li>• Organisationsentwicklung in Richtung vernetzter Verfahrensabläufe und kooperative Prozessgestaltung (unterstützt durch externe Beratungs- und Fortbildungsleistungen)</li> <li>• Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit und Erhöhung der Transparenz</li> </ul> <p>Wenn zusätzlich Handlungssäule II umgesetzt werden soll, können die Landkreise/kreisfreien Städte eine Zuwendung für die Sicherstellung der Qualität der inhaltlichen Projektumsetzung (Projektauswahl sowie Projektcontrolling und -steuerung) beantragen.</p>
<b>2. Fortschreibung der Handlungssäule I</b>	
<p>2.1 Welche Bestandteile soll das Umsetzungskonzept zur Fortschreibung enthalten?</p>	<p>Die Fortschreibung des Umsetzungskonzepts enthält folgende Elemente:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Analyse der derzeitigen Situation in Form einer Synopse für die Handlungssäulen I und II</li> <li>• Zielvereinbarung mit Vorhabenbeschreibung für den zu beantragenden Förderzeitraum nach SMART-Kriterien</li> <li>• Erklärung der Änderungen und Ergänzungen auf Basis der Ist-Analyse für die Handlungssäulen I und II</li> <li>• Beschreibung der Nachhaltigkeit und Verstetigung der RÜMSA-Aktivitäten</li> <li>• Beschreibung des Beitrags zu den Querschnittszielen</li> <li>• Erklärungen zum geplanten Personaleinsatz, soweit Veränderungen des Personals vorgesehen sind</li> </ul>
<p>2.1.1 Was ist bei der Analyse der derzeitigen Situation (Synopse) zu beachten?</p>	<p>Die Synopse muss – ausgehend von dem Umsetzungskonzept und der Zielvereinbarung des letzten Förderzeitraums – eine reflektierte Darstellung der bislang erreichten Projektergebnisse unter Benennung der Wirkungen und ggf. Begründungen und Lösungsansätze bei Abweichungen beinhalten.</p> <p>Hiervon ausgehend werden die geplanten Ziele und Aktivitäten für den neuen Förderzeitraum schlüssig abgeleitet.</p>
<p>2.1.2 Was ist bei der Formulierung der Zielvereinbarung mit</p>	<p>Siehe RÜMSA FAQ Handlungssäule I Punkt 3 ff.</p>

Vorhabenbeschreibung zu beachten?	
2.1.3 Was ist bei der Darstellung der Änderungen und Ergänzungen zu beachten?	<p>Die abgeleiteten Ziele und Aktivitäten und die konkrete Vorgehensweise zur Umsetzung sind inhaltlich darzustellen bzw. zu erklären. Insbesondere sind neue Handlungsfelder nachvollziehbar darzustellen. Hierbei ist zusätzlich auf ggf. weitere Partner, insbesondere Schulen, bzw. auf das Zusammenwirken mit Landes- und Bundesprogrammen einzugehen.</p> <p>Die Darstellung soll auch eine schlüssige und nachvollziehbare Beschreibung regionalspezifischer Themenfelder für die Umsetzung der Handlungssäule II beinhalten. Dabei sind das Zusammenwirken und die Abgrenzung der geplanten Vorhaben zu anderen Förderprojekten und Regelleistungen des Bundes und des Landes darzulegen.</p> <p>Siehe auch RÜMSA FAQ Handlungssäule I Punkt 7.</p>
2.1.4 Was ist mit der Beschreibung der Nachhaltigkeit und Verstetigung der RÜMSA-Aktivitäten gemeint?	Das Konzept muss eine schlüssige und nachvollziehbare Darstellung konkreter Überlegungen zur Verstetigung der zuständigkeits- und rechtskreisübergreifenden Kooperations- und Unterstützungsstruktur nach Ablauf der Förderung beinhalten.
2.1.5 Was ist bei der Erklärung zum geplanten Personaleinsatz zu beachten?	<p>Eine Erklärung des geplanten Personaleinsatzes ist in den Fällen erforderlich, in denen Änderungen des bisherigen Personaleinsatzes vorgesehen sind.</p> <p>Die Erklärung zum geplanten Personaleinsatz beinhaltet in diesen Fällen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Darstellung der Arbeitsaufgaben des geplanten Personals</li> <li>• Ausführungen zum Umfang des kalkulierten Personaleinsatzes (Vollzeitäquivalent - VZÄ)</li> <li>• Aussagen zu den Qualifikationsvoraussetzungen des geplanten Personals unter Berücksichtigung der Vorgaben der RÜMSA Richtlinie</li> </ul>
2.2. Wer muss das Konzept zur Fortschreibung der Handlungssäule I unterschreiben?	Vertreter/innen der drei Rechtskreise SGB II, SGB III und SGB VIII. Anzustreben ist die Unterzeichnung durch die Schulaufsicht (Landesschulamt).
2.3 Muss eine neue Kooperationsvereinbarung zwischen den Vertreter/innen der drei Rechtskreise SGB II, SGB III und SGB VIII geschlossen werden?	Eine neue Kooperationsvereinbarung bzw. eine Ergänzung der bestehenden Kooperationsvereinbarung ist nur dann erforderlich, wenn die für die Fortführung geplanten Ziele und Aktivitäten mit den Festlegungen der bestehenden Kooperationsvereinbarung nicht in Übereinstimmung stehen und/oder der beantragte Förderzeitraum die Geltungsdauer der Kooperationsvereinbarung übersteigt und wenn neue Kooperationspartner hinzutreten (z. B. Schulaufsicht).
2.4. Wann sind die Unterlagen einzureichen, um eine lückenlose Anschlussförderung zu erreichen?	Siehe hierzu den Ablaufplan im Anhang.
2.5 Wo sind die Unterlagen einzureichen?	Die Unterlagen sind in Schriftform beim Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration, Magdeburg, Turmschanzenstr. 25, Fr. Dr.

	<p>Kristin Körner, 39114 Magdeburg einzureichen.</p> <p>Sie sind ebenfalls per E-Mail im PDF-Dateiformat zu senden an:  <a href="mailto:kristin.koerner@ms.sachsen-anhalt.de">kristin.koerner@ms.sachsen-anhalt.de</a>  <a href="mailto:martin.schubert@ms.sachsen-anhalt.de">martin.schubert@ms.sachsen-anhalt.de</a>  <a href="mailto:sabina.mueller@ms.sachsen-anhalt.de">sabina.mueller@ms.sachsen-anhalt.de</a></p>
2.6 Was gehört zu den Aufgaben der Koordinierungsstelle?	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Sicherung und Koordination der Information und Kommunikation auf allen Organisationsebenen</li> <li>• Verantwortlichkeit für die operative Leitung und Umsetzung von Handlungssäule I und II</li> <li>• Ansprechpartner/innen für Landesnetzwerkstelle, MS und LVwA</li> <li>• Koordination der Zusammenarbeit mit Projekten auf Bundes- und Landesebene und Prüfung der Subsidiarität</li> <li>• Koordination der Qualitätssicherung in Handlungssäule I und II sowie des Berichtswesens</li> </ul> <p>Im Antrag sollen die Aufgaben der Koordinierungsstelle(n) nicht den Zielen (taktische oder operative Ziele) zugeordnet, sondern „zielunabhängig“ definiert werden.</p>
2.7 Wie viele Personalstellen können für die Handlungssäule I eingestellt werden?	<p>Die Personalstellen leiten sich aus den Aufgaben des Umsetzungskonzeptes und der Zielvereinbarung ab und müssen dementsprechend untersetzt werden.</p> <p>Die Landesnetzwerkstelle RÜMSA berät gern dazu.</p>
2.8 Können die Aufgaben der Koordinierungsstelle auch durch Dritte, außerhalb der kommunalen Verwaltung, realisiert werden?	<p>Nein, da eine nachhaltige Verankerung der Koordinierungsstelle im Landkreis/der kreisfreien Stadt angestrebt wird. Die Aufgaben sollen auch nach der RÜMSA Förderung in den Landkreisen/kreisfreien Städten weitergeführt werden.</p>
<b>3. Zielvereinbarung mit Vorhabenbeschreibung</b>	
3.1 Was ist die Zielvereinbarung mit Vorhabenbeschreibung?	<p>In der Zielvereinbarung mit Vorhabenbeschreibung vereinbaren die Kooperationspartner die nach SMART-Kriterien formulierten Zielstellungen des Kooperationsbündnisses, d.h. das strategische Ziel, die taktischen und die operativen Ziele. Zudem werden die Indikatoren abgebildet, die den einzelnen operativen Zielen zugeordnet sind.</p> <p>Bei der Darstellung der Vorhaben ist zu unterscheiden zwischen a) Indikatoren, die von den Mitarbeitern/innen der Koordinierungsstelle bzw. den Vertretern/innen des Kooperationsbündnisses umgesetzt werden und b) Indikatoren, die durch externe Leistungen erbracht und über die 25 %-Pauschale (siehe RÜMSA FAQ Handlungssäule I Punkt 9 ff.) finanziert werden.</p> <p>Das entsprechende Formular kann auf der Internetseite <a href="http://www.ruemsa.de">www.ruemsa.de</a> heruntergeladen werden.</p>
3.2 Was ist bei der Beschreibung	<p>Vorhaben zur Erreichung von Indikatoren, die durch externe Leis-</p>

<p>von Vorhaben zu beachten, die über die 25 %-Pauschale finanziert werden sollen?</p>	<p>tungen erbracht und über die 25 %-Pauschale finanziert werden, sind in der Zielvereinbarung mit Vorhabenbeschreibung so detailliert wie möglich zu beschreiben. Jeder Indikator aus der 25 %-Pauschale ist dabei separat zu beschreiben, eine Zusammenfassung von mehreren Indikatoren ist nicht zulässig.</p> <p>Die beschriebenen Vorhaben stehen dabei im Kontext mit dem Umsetzungskonzept. Aus der Beschreibung muss eine realistische Bestimmung der Ausgabenarten des jeweiligen Vorhabens möglich sein. Die Notwendigkeit des Einbezugs externer Leistungen muss plausibel erläutert werden.</p> <p>Siehe auch RÜMSA FAQ Handlungssäule I Punkt 9 ff.</p>
<p>3.3 Wer unterzeichnet die Zielvereinbarung mit Vorhabenbeschreibung?</p>	<p>Die Zielvereinbarung mit Vorhabenbeschreibung ist ein verbindlicher Bestandteil des Zuwendungsbescheids. Unterzeichnen müssen die Vertreter/innen der drei Rechtskreise SGB II, SGB III und SGB VIII. Die Einbeziehung der schulischen Seite sollte angestrebt werden.</p>
<p>3.4 Was ist ein strategisches Ziel?</p>	<p>Das übergeordnete, langfristige Ziel (z. B. „One-Stop-Government“) mit einem Zeithorizont von bis zu fünf Jahren.</p> <p>Siehe RÜMSA Richtlinie Punkte 3.1.1 und 5.1.</p>
<p>3.5 Was ist ein taktisches Ziel?</p>	<p>Die mittelfristigen Ziele, die der Zielerreichung des strategischen Zieles dienen (z. B. Sicherstellung des gemeinsamen Datenaustausches, Einrichtung von Kommunikationswegen etc.) mit einem Zeithorizont von ca. ein bis drei Jahren.</p> <p>Siehe RÜMSA Richtlinie Punkt 5.1.</p>
<p>3.6 Was ist ein operatives Ziel?</p>	<p>Die kurzfristigen Ziele, die der Zielerreichung der taktischen Ziele dienen (z. B. Klärung der Datenschutzvereinbarung, Vereinbarung zur Datenweitergabe etc.), mit einem Zeithorizont von ca. ein bis zwei Jahren.</p> <p>Siehe RÜMSA Richtlinie Punkt 5.1.</p>
<p>3.7 Was ist mit der Darstellung der Ziele nach SMART-Kriterien gemeint?</p>	<p>Das SMART-Prinzip (Spezifisch; Messbar; Akzeptabel; Realistisch; Terminiert) ist ein Instrument des Projektmanagements, das die Formulierung klarer, messbarer und nachvollziehbarer Ziele erleichtert.</p> <p>Ziele sind demnach „Smart“, wenn sie die folgenden Bedingungen erfüllen:</p> <p>S = Spezifisch. Sind die Ziele so präzise und eindeutig wie möglich definiert?</p> <p>M = Messbar. Woran kann erkannt werden, ob die Ziele erreicht wurden? Welche Messbarkeitskriterien/Indikatoren gibt es?</p> <p>A = Akzeptabel. Werden die formulierten Ziele von allen Beteiligten anerkannt?</p> <p>R = Realistisch. Sind die Ziele auch erreichbar?</p> <p>T = Terminiert. Gibt es eine eindeutige Terminvorgabe, bis wann die Ziele erreicht werden sollen?</p>

	<p>Die Untergliederung nach SMART muss für jedes der Ziele formuliert werden.</p> <p>Den taktischen und operativen Zielen müssen jeweils messbare und terminlich festgelegte Indikatoren zugeordnet werden, welche für die spätere Mittelzahlung, insbesondere auch für die Ausgaben im Rahmen der Pauschale bis zu 25 %, relevant sind.</p> <p>Siehe auch RÜMSA FAQ Handlungssäule I Punkt 9 ff.</p> <p>Die Zielformulierung nach SMART-Kriterien ist in der vorweggenommenen Zukunft zu formulieren, z. B.: „Ab 08/2016 stehen alle Angebote am Übergang von der Schule in den Beruf jungen Menschen, Eltern, Lehrkräften, Schulen sowie regionalen Arbeitsmarktakteuren zur Verfügung.“</p> <p>Die Berater/innen der Landesnetzwerkstelle RÜMSA stehen für die Beantwortung von Fragen in Bezug zur Ausarbeitung der Ziele und des Umsetzungskonzeptes gern zur Verfügung.</p>
<h4>4. Änderungen der Zielvereinbarung mit Vorhabenbeschreibung</h4>	
<p>4.1 Was ist mit Änderungen der Zielvereinbarung gemeint?</p>	<p>In der Umsetzung von Vorhaben kann es dazu kommen, dass sich im laufenden Bewilligungszeitraum Änderungen der Ziele, z. B. auf Grund neuer Erkenntnisse und Bedarfe, ergeben.</p> <p>Änderungen von Zielen können dabei</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) <i>zeitlicher Art</i> sein, d. h. zeitliche Verzögerungen bei der Erreichung von Indikatoren betreffen, wie z. B. die zeitliche Verlagerung der Erreichung von Indikatoren in den nächsten Sachberichtszeitraum</li> <li>b) <i>inhaltlicher Art</i> sein, d. h. wesentliche Änderungen der inhaltlichen/sachlichen Ziele betreffen, wie z. B. den Wegfall eines taktischen Ziels oder die wesentliche Änderung zugeordneter operativer Ziele.</li> </ul>
<p>4.2 Was ist bei Änderungen inhaltlicher Art zu beachten?</p>	<p>Bei Änderungen inhaltlicher Art ist grundsätzlich ein Änderungsantrag notwendig. Die Änderung der Zielvereinbarung ist beim MS zu beantragen. Anpassungsbedarfe sind außerdem frühzeitig, d. h. vor Antragstellung, beim MS und dem LVwA anzuzeigen.</p> <p>Vor Antragsstellung wird eine Beratung durch die Landesnetzwerkstelle RÜMSA grundsätzlich empfohlen. Die hierzu notwendigen Abstimmungsprozesse im RÜMSA-Kooperationsbündnis sollten entsprechend frühzeitig eingeleitet werden.</p> <p>Im Antrag sind eine Begründung für die Ursache und eine <i>gleichwertige</i> Alternative bzw. Lösung für die Abweichung aufzuzeigen (Zieläquivalenz).</p> <p>Das MS erteilt die Zustimmung zur Änderung. Die geänderte Zielvereinbarung ist nach Bestätigung durch das MS</p>

	<p>durch alle Partner des Kooperationsbündnisses zu unterzeichnen.</p> <p>Die bestätigte Zielvereinbarung ist dem LVwA zur Setzung eines Änderungsbescheides zuzusenden.</p>
4.3 Was ist bei Änderungen zeitlicher Art zu beachten?	<p>Zeitliche Verschiebungen bei der Erreichung von Zielen, die eine Erfüllung im Projektzeitraum nicht gefährden, sondern im nächsten Sachberichtszeitraum erreicht werden, sind über die Sachberichtserstattung anzuzeigen. Die Verlagerung von Zielerreichungsterminen in den nächsten Sachberichtszeitraum, die über externe Leistungen erbracht und die 25 %-Pauschale finanziert werden, ist dabei unmittelbar nach Feststellung beim LVwA anzuzeigen.</p> <p>Zeitliche Verschiebungen bei der Erreichung von Zielen, infolgedessen eine Erfüllung im Projektzeitraum nicht mehr gewährleistet ist, erfordern demgegenüber einen Änderungsantrag. Die Anpassungsbedarfe sind unmittelbar nach Feststellung beim MS und dem LVwA anzuzeigen. Eine Beratung durch die Landesnetzwerkstelle wird angeboten, ist jedoch keine zwingende Voraussetzung. Im Antrag sind eine nachvollziehbare Begründung für die Verschiebung und eine gleichwertige Alternative bzw. Lösung für die Abweichung aufzuzeigen (Zieläquivalenz).</p> <p>Siehe auch RÜMSA FAQ Handlungssäule I Punkt 4.2.</p>
<b>5. Einbindung von Schulen</b>	
5.1 Welche Schulen, wie viele Schulen oder/und welche Schulgremien sollten eingebunden werden?	Es wird empfohlen, unterschiedliche relevante Schulformen und bestehende Schulgremien einzubinden, vorrangig aus dem Sekundarschulbereich I und Förderschulbereich.
5.2 Ist eine zusätzliche Kooperationsvereinbarung mit den Schulen zu schließen?	Das ist nicht zwingend erforderlich. Die verbindliche Einbindung der Schulen bzw. schulfachlichen Referenten/innen in die regionalen Kooperationsbündnisse ist sicherzustellen und im Umsetzungskonzept entsprechend darzustellen. Die Einbindung der Schulvertreter/innen in die Erarbeitung des Umsetzungskonzeptes ist zu gewährleisten.
5.3 Wird eine zusätzliche Kooperationsvereinbarung mit den Schulen geschlossen, wer unterzeichnet aus dem Schulbereich die Kooperationsvereinbarung?	<p>Es besteht die Möglichkeit, eine zusätzliche Kooperationsvereinbarung mit den schulfachlichen Referenten/innen zu schließen. Alternativ ist auch die Mitwirkung von Schulleitern/innen denkbar.</p> <p>Der Direktor des Landesschulamtes unterzeichnet auf Anfrage die Kooperationsvereinbarung der drei Rechtskreise.</p>
5.4 Wie kann Schule in RÜMSA mitwirken? Welchen Nutzen haben Schulen durch die Mitwirkung?	<p>Laut RÜMSA Richtlinie Punkt 5.1 ist die verbindliche Zusammenarbeit mit den Schulen sicherzustellen.</p> <p>Die Mitwirkung von Schulen in RÜMSA ist überall möglich, z. B. in den thematischen RÜMSA Arbeitsgruppen, in der Koordinierungs- und Steuerungsgruppe der Handlungssäule I sowie dem Begleitemium RAK der Handlungssäule II, etc.</p>

## 6. Einbindung von Wirtschafts- und Sozialpartnern

6.1 Müssen Wirtschafts- und Sozialpartner eingebunden werden?

Die Einbindung der Wirtschafts- und Sozialpartner ist anzustreben.

Siehe RÜMSA Richtlinie Punkt 5.1.

6.2 Welche weiteren regionalen Akteure sollten noch eingebunden werden?

Folgende regionale Akteure sollten eingebunden werden:

- Arbeitskreis *SCHULEWIRTSCHAFT*
- Netzwerkstellen „Schulerfolg sichern“
- Koordinierungsstellen „Jugend stärken im Quartier“

Bei der Umsetzung der Handlungssäule II kann die Einbindung weiterer Akteure je nach regionaler Schwerpunktsetzung sinnvoll sein.

## 7. Abgrenzung und Zusammenwirken mit anderen Angeboten und Förderprogrammen

7.1 Wie sollte die Abgrenzung zu anderen Förderprojekten und gesetzlichen Regelleistungen des Bundes und des Landes dargestellt werden?

Das Zusammenwirken „auf Augenhöhe“ mit den Angeboten des SGB sowie mit relevanten Landes- und Bundesprogrammen wie bspw. BRAFO, Schulsozialarbeit, Zukunftschance assistierte Ausbildung, STABIL, Berufseinstiegsbegleitung, Jobstarter, Jugend stärken im Quartier und Bildung integriert ist nachvollziehbar darzustellen. Weitere, hier nicht genannte Programme, die die RÜMSA Zielgruppe betreffen und im Landkreis/in der kreisfreien Stadt umgesetzt werden, sind in der Darstellung zu berücksichtigen, um eine inhaltliche Abgrenzung zu gewährleisten und Doppelförderungen ausschließen zu können. Dies kann ggf. auch Förderungen im Rahmen der Strukturfonds ELER und EFRE betreffen, wie z.B. die Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzepte mit den definierten Leitprojekten (ILEK) bzw. Programme im Rahmen der Regionalentwicklung wie MORO bzw. die Förderung von Maßnahmen zur Gestaltung des demografischen Wandels und der Richtlinie LEADER und CLLD.

Schnittstellen zu regional bestehenden Programmen und Projekten sind darzustellen, Versorgungslücken zu analysieren und zusätzliche Bedarfe aufzuzeigen.

## 8. Förderung/ Abrechnung

8.1 Können die Eigenmittel von 20 % durch weitere EU-Drittmittel finanziert werden?

Nein (Achtung: Viele Bundes- und Landesprogramme werden durch ESF-Mittel kofinanziert).

8.2 Kann eine Kofinanzierung aus Mitteln des SGB II und III erfolgen?

Dies ist für die Handlungssäule II möglich. Eingliederungsleistungen nach dem SGB II oder III können zur Kofinanzierung der Handlungssäule II genutzt werden.

Siehe hierzu die RÜMSA FAQ Handlungssäule II



<p>8.3 Kann der Landkreis/die kreisfreie Stadt für die Beratung durch Dritte eine Förderung erhalten?</p>	<p>Ja, im Rahmen der 25 %-Pauschale für Sachausgaben.</p> <p>So können Landkreise/kreisfreie Städte sowohl für die Entwicklung von vernetzten Verfahrensabläufen als auch zur kooperativen Prozessgestaltung für die Handlungssäule I sowie für die Beratung und Professionalisierung der Fallbesprechungen Unterstützung durch externe Beratungs- und Fortbildungsleistungen beantragen.</p> <p>Die Ausgaben hierfür müssen plausibel und nachvollziehbar begründet werden und im Kontext zum Umsetzungskonzept stehen.</p>
<p>8.4 Für welchen Zeitraum können Zuwendungen beantragt werden?</p>	<p>Zuwendungen nach der Handlungssäule I werden für zunächst 24 Monate gewährt. Danach sind auf der Grundlage einer Bewertung der Zielerreichung und der Fortschreibung der Zielvereinbarung insgesamt bis zu drei Verlängerungen von jeweils bis zu 24 Monaten möglich.</p> <p>Siehe hierzu auch RÜMSA Richtlinie Punkt 6.5.2.</p>
<p>8.5 Wie ist die Kofinanzierung nachzuweisen?</p>	<p>Siehe RÜMSA Richtlinie Punkt 6.4.2 (Absatz 1)</p> <p>Die Kofinanzierung ist mit dem Projektantrag durch formlose Erklärung nachzuweisen.</p>
<p>8.6 Kann eine Kofinanzierung durch Personalbereitstellung der Rechtskreise erfolgen?</p>	<p>Grundsätzlich ist die Kofinanzierung durch kommunale Eigenmittel oder durch Drittmittel in Form von Geldleistungen zu erbringen. Die Kofinanzierung oder ein Teil davon kann auch durch Personalbereitstellung für das direkt geförderte Projektpersonal erfolgen. Dies gilt nur für das Projektpersonal der Handlungssäule I.</p> <p>Die Einrichtung einer gemeinsamen Anlaufstelle gehört nicht zu den förderfähigen Ausgaben der Handlungssäule I, sondern wird im Rahmen der gesetzlich durch die Träger zu erbringenden Leistungen in die Kooperation eingebracht.</p> <p>Falls die Landkreise/kreisfreien Städte für die Handlungssäule I Personal (anteilmäßig) bereitstellen wollen, sind folgende Voraussetzungen zu erfüllen:</p> <p>In der Regel wird in Anlehnung an § 4 TVÖD Personal der Landkreise/kreisfreien Städte bereitgestellt. Voraussetzung hierfür ist, dass das eingesetzte Personal bereits beim Landkreis/bei der kreisfreien Stadt beschäftigt ist bzw. explizit beim Landkreis/bei der kreisfreien Stadt für die Erledigung von Aufgaben aus dem RÜMSA-Vorhaben neu eingestellt wurde.</p> <p>Grundsätzlich ist auch eine Abordnung von einem anderen öffentlichen Dienstherrn (ggf. auch stundenweise) möglich. Sofern durch den Landkreis/die kreisfreie Stadt diese Form der Personalbereitstellung angestrebt wird, ist vorher die Beratung beim LVwA erforderlich.</p> <p>Die Höhe der realen Lohn- und Lohnnebenausgaben des für das</p>

	<p>Projekt abgestellten Personals wird dabei auf der Ausgabenseite exakt abgebildet. Auf der Einnahmenseite beträgt die Höhe des Kofinanzierungsanteils aus dieser Bereitstellung max. 20 % der Gesamtausgaben des Vorhabens.</p> <p>Dazu muss der Mitarbeiterin/dem Mitarbeiter eine projektbezogene Abordnung ausgestellt werden. Als Nachweis der Kofinanzierung müssen im Rahmen der Zwischenprüfungen diese projektbezogene Abordnung, der Qualifikationsnachweis, die Arbeitszeitnachweise sowie Entgeltnachweise vorgelegt werden.</p> <p>Falls Abweichungen zu den Entgeltabrechnungen und Lohnjournalen bedingt durch anteilig eingesetztes Personal im Projekt oder/und andere Entgelte vorliegen, hat durch die personalführende Stelle hierzu eine Erläuterung mit der Aufstellung der Berechnung der tatsächlichen Personalausgaben für das abgeordnete Projektpersonal zu erfolgen.</p>
<p>8.7 Was passiert, wenn durch Terminverschiebung Zuwendungen nicht in der aktuellen Jahresscheibe abgefordert werden?</p>	<p>Die im Bescheid festgelegte Aufteilung der Zuwendung auf die Haushaltsjahre ist bindend. Die ausgewiesenen Mittel stehen nur in den entsprechenden Haushaltsjahren zur Verfügung. Der Bewilligungsbehörde ist mit <u>Stichtag 31.10.</u> anzuzeigen, ob die bewilligten Mittel in voller Höhe benötigt werden. Änderungen sind zu beantragen.</p>
<h2>9. Pauschalen</h2>	
<p>9.1 Welche Sachausgaben können in der Handlungssäule I finanziert werden und wie erfolgt die Förderung?</p>	<p>Im Rahmen der 15 %-Pauschale für indirekte Projektausgaben werden unter anderem Ausgaben für:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Projektverwaltung und -abrechnung</li> <li>• Dienstreisen des Projektpersonals</li> <li>• Projektbegleitende Werbemittel</li> <li>• Büromaterial</li> <li>• Post- und Kommunikationsausgaben</li> <li>• Lehr- und Dokumentationsmaterial für Aus- und Weiterbildung</li> <li>• Weiterbildung des Projektpersonals</li> <li>• Miete und Mietnebenausgaben für Räumlichkeiten des Projektpersonals</li> <li>• Steuern und Versicherungen</li> </ul> <p>abgegolten.</p> <p>Zusätzlich sind von dieser Pauschale Ausgaben für:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Geringwertige Wirtschaftsgüter,</li> <li>• Miete und Leasing von Ausstattungsgegenständen</li> </ul> <p>erfasst.</p> <p><a href="#">Siehe hierzu auch „Förderhandbuch ESF“ - Förderperiode 2014-2020 für den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Arbeit,</a></p>

	<p><a href="#">Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt Abteilung 5 (in seiner aktuellen Fassung).</a></p> <p>Der Pauschalsatz bis zu 25 % erfasst die Ausgaben für:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Veranstaltungen, Workshops, Infobroschüren; Hinweis: Moderationsausgaben sind nur dann zuwendungsfähig, wenn gleichzeitig eine Bildungs- und Beratungsfunktion gegeben ist),</li> <li>• die Sicherstellung der Nutzung einer gemeinsamen Datenbasis,</li> <li>• Fortbildung und Beratung,</li> <li>• die Sicherstellung mobiler Beratungsangebote im ländlichen Raum, einschließlich Reisekosten nach dem Bundesreisekostengesetz (BRKG) vom 26.5.2005 (BGBl. I S. 1418), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20.2.2013 (BGBl. I S. 285) in der jeweils geltenden Fassung.</li> </ul> <p>Siehe hierzu RÜMSA Richtlinie Punkt 6.4.1.2.</p>
9.2 Wie wird die 15 %-Pauschale berechnet?	Die 15 %-Pauschale wird an den Personalausgaben berechnet, also an den zum Zeitpunkt der Auszahlung tatsächlichen real entstandenen, anerkannten und nachgewiesenen Personalausgaben.
9.3. Wie wird die 25 %-Pauschale berechnet?	<p>Die Pauschale in Höhe von 25 % wird vorläufig pauschal im Zuwendungsbescheid genehmigt. Berechnungsgrundlage der 25 %-Pauschale sind die direkten, bestätigten und nachgewiesenen Personalausgaben im Sachberichtszeitraum zum Zeitpunkt der Abrechnung.</p> <p>Die konkrete Höhe des Pauschalsatzes errechnet sich auf Grundlage prüfbarer Ausgabenermittlungen durch entsprechende Markterkundungen unter Beachtung der Regelungen in Nummer 3 ANBest-Gk (siehe RÜMSA FAQ Handlungssäule I Punkt 9.4).</p>
9.4 Woran ist die Auszahlung der 25 %-Pauschale geknüpft?	<p>Voraussetzung für die Auszahlung der (anteiligen) 25 %-Pauschale ist die fristgerechte Erreichung derjenigen (Teil-)Indikatoren laut Zielvereinbarung, für die Ausgaben im Rahmen der 25 %-Pauschale anfallen und für die Zieltermine im jeweiligen Sachberichtszeitraum festgelegt wurden.</p> <p>Die Mittelauszahlung von Teilbeträgen von bis zu 25 % der direkten, bestätigten und nachgewiesenen Personalausgaben ist damit an die halbjährliche Sachberichterstattung, in begründeten Fällen auch zwischenzeitliche Berichterstattung, und die Erreichung der jeweiligen Zielindikatoren geknüpft. D.h., werden die Indikatoren nicht zum vereinbarten Zeitpunkt erfüllt, erfolgt zunächst auch keine Mittelauszahlung. Bei späterer Erfüllung der Indikatoren erfolgt eine nachträgliche Auszahlung.</p> <p>Für geplante Vorhaben, für die Ausgaben über die 25%-Pauschale</p>

	<p>abgerechnet werden sollen, sind Markterkundungen als Grundlage für prüfbare Ausgabenermittlungen durchzuführen. Unter Berücksichtigung der Vergabegrundsätze nach Nummer 3 ANBest-GK ist die Auswahl unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit nachweislich zu treffen. In begründeten Fällen ist die Auswahl mit dem LVwA abzustimmen.</p> <p>Die Höhe der zum jeweiligen Sachberichtstermin abrufbaren Zuwendung bemisst sich anhand der Höhe der bis zum Abrechnungszeitpunkt angefallenen und anerkannten Personalausgaben und an dem vorgelegten wirtschaftlichsten und sparsamsten Angebot. Sollten die tatsächlichen Ausgaben für das Vorhaben über der Höhe des auf dieser Grundlage berechneten Pauschalsatzes liegen, werden die verbleibenden Sachausgaben im nächsten Berichtszeitraum ausgezahlt.</p> <p>D. h., die noch ausstehenden Sachausgaben können mit der nächstmöglichen Mittelabforderung abgefordert werden und die Auszahlung erfolgt dann in Abhängigkeit vom Zuwachs der Personalausgaben.</p> <p>Teilabrechnungen des Zielvereinbarungsindikators sind nur möglich, wenn die Teilleistungen im Angebot eindeutig finanziell hinterlegt sind.</p>
<p>9.5 Wie erfolgt der Nachweis der Pauschalen?</p>	<p><u>15 %-Pauschale:</u> Nach Bewilligung einer Pauschale müssen keine Nachweise über die unter die Pauschale fallenden Ausgabepositionen vorgelegt werden. Allerdings müssen bei Nachprüfungen, z. B. seitens des Rechnungshofes, die Ausgaben belegbar sein.</p> <p><u>25 %-Pauschale:</u> Die Mittelabforderung von Teilbeträgen der Pauschale ist an die Erreichung der zuvor festgelegten messbaren und zeitlich abgestimmten Indikatoren geknüpft (siehe hierzu auch Punkt 3 der FAQ). Wird der Indikator nicht bis zum angegebenen Zeitpunkt erfüllt, kann keine Mittelauszahlung erfolgen.</p>
<p>9.6 Was passiert, wenn sich die Personalausgaben verringern?</p>	<p>Bei einer Verringerung der Personalausgaben verringern sich dementsprechend auch die Höhe der Pauschale und des Eigenanteils.</p> <p>Wenn sich die Gesamtausgaben um mehr als 1.000,00EUR verringern, muss das LVwA über die Änderung der Gesamtausgaben unverzüglich informiert werden. Bitte dazu die ANBest-GK, Punkte 2.1 und 5.1.1 beachten.</p>
<p><b>10. Antragsunterlagen für das LVwA</b></p>	
<p>10.1 In welcher Reihenfolge sollte die „Antragsbegleitende Kalkulation“ ausgefüllt werden?</p>	<p>Zu beginnen ist mit dem Tabellenblatt „Antragskalkulation Projektpersonal“. Aus diesem Tabellenblatt werden die Angaben summiert und in die anderen Tabellenblätter übertragen.</p>
<p>10.2 Wie erfolgt die Eingruppierung?</p>	<p>Die Eingruppierung erfolgt durch die Personalstellen der Landkrei-</p>

<p>rung des geplanten Personals?</p>	<p>se/kreisfreien Städte und ist durch diese zu bestätigen. Die Eingruppierung erfolgt in hoheitlicher Tätigkeit der Landkreise/ kreisfreien Städte. Die Tätigkeiten des Projektpersonals müssen aus dem Umsetzungskonzept hervorgehen.</p> <p>Die projektbezogenen Stufenzuordnungen des Projektpersonals auf Grundlage der projektadäquaten Tätigkeiten in RÜMSA erfolgen ebenfalls in hoheitlicher Tätigkeit durch die personalführenden Stellen der Landkreise/kreisfreien Städte und müssen von diesen dokumentiert werden. Die rechtsverbindlich unterzeichneten Dokumentationen (von der Personalstelle) sind mit der Antragstellung dem LVwA vorzulegen.</p> <p>Für neu einzustellendes Personal sollte vor der Stellenbesetzung die Erfahrungsstufe 2 beantragt werden. Eine endgültige Stufenzuordnung erfolgt nach der Entscheidung für eine Person, da in der Regel dann erst die Qualifikationen und zu berücksichtigenden Erfahrungen in den auszuübenden Tätigkeiten der eingestellten Person bekannt sind.</p>
<p>10.3 Welche Angaben muss die Zielvereinbarung mit Vorhabenbeschreibung beinhalten?</p>	<p>Die beantragten Ausgaben müssen für die Erreichung der Projektziele notwendig sein. Um die Ausgaben verifizieren zu können, ist eine detaillierte Beschreibung der Vorhaben in den einzelnen Arbeitsschritten/Aktivitäten mit den entsprechenden zeitlichen, wie auch inhaltlichen Zielvorgaben notwendig.</p> <p>Die beschriebenen Vorhaben stehen dabei im Kontext mit dem Gesamtkonzept und den daraus hervorgehenden Arbeitsplatzbeschreibungen des Projektpersonals. Aus der Beschreibung muss eine realistische Bestimmung der Ausgabenarten des jeweiligen Vorhabens möglich sein. Durch eine repräsentative Marktanalyse und durch die Vorlage der Dokumentation der Auswahl eines Angebotes nach wirtschaftlichen und wettbewerblichen Gesichtspunkten ist die Höhe der Ausgaben zu bestimmen. Die Berechnung der Ausgabenhöhe muss überprüfbar sein (siehe RÜMSA FAQ Handlungssäule I Punkt 9.3 bis 9.4). Die Feststellung der tatsächlichen Höhe des Pauschalsatzes erfolgt im Rahmen des Begleit- und Auszahlungsverfahrens.</p>
<p><b>11. Öffentlichkeitsarbeit</b></p>	
<p>11.1. Worauf ist im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit grundsätzlich zu achten?</p>	<p>Für die Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen von RÜMSA sind grundsätzlich das Corporate Design für die EU-Strukturfonds und die Festlegungen der bewilligenden Stelle zum Antragsverfahren und im Bescheid zu beachten.</p> <p>Weiterhin sind die Produkte der Öffentlichkeitsarbeit gleichstellungsorientiert zu gestalten. Das bezieht sich insbesondere auf die Verwendung einer geschlechtergerechten Sprache und die Auswahl von Beispielen und Bildern, die Geschlechterstereotypen entgegenwirken.</p>

	<p>Zu den Themen Bekanntmachungspflichten (siehe auch RÜMSA FAQ Handlungssäule I Punkt 11.2) und zur Werbung im Projekt sind die Ausführungen im <a href="#">„Förderhandbuch ESF“ - Förderperiode 2014-2020 für den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt Abteilung 5 (in seiner aktuellen Fassung)</a> zu beachten.</p> <p>Bei den Urheberrechten ist folgendes zu berücksichtigen:  Der Landkreis/die kreisfreie Stadt räumt dem Land Sachsen-Anhalt, vertreten durch das MS, jeweils zum Zeitpunkt der Erstellung der konzeptionell vorgesehenen Produkte das ausschließliche, örtlich unbeschränkte, unwiderrufliche und unkündbare Recht ein, diese im Rahmen der Vorhabendurchführung erstellten Produkte, Instrumente und (Daten-)Materialien im Original oder in abgeänderter, übersetzter, bearbeiteter oder umgestalteter Form, nicht nur für eigene Zwecke zu nutzen, sondern auch zur Erbringung von Leistungen an Dritte einzusetzen und zu verbreiten.</p> <p>Alle Produkte können der Allgemeinheit durch Veröffentlichungen oder in Form des wissenschaftlichen Zitierens zugänglich gemacht werden. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die Produkte aus dem durch Mittel des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt geförderten Vorhaben hervorgegangen sind. Eine eventuelle Vermarktung muss zwischen dem Landkreis/der kreisfreien Stadt und dem MS einvernehmlich abgesprochen werden.</p>
<p>11.2 Worauf ist im Zusammenhang mit der Bekanntmachungs- bzw. Publizitätsvorschrift zu achten?</p>	<p>Die Landkreise/kreisfreien Städte haben in allen projektbezogenen Informations- und Kommunikationsmaßnahmen einen deutlichen Hinweis darauf zu geben, dass die regionale RÜMSA Umsetzung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert wird.</p> <p>Dies betrifft u.a. die Veröffentlichung von Stellenausschreibungen, die Ausfertigung von Abordnungen und Arbeitsverträgen, die Gestaltung des Internetauftritts sowie von Informationsmaterialien, Pressemitteilungen, Präsentationen und ähnlichen Unterlagen.</p>
<p>11.3 Welche genauen Vorschriften und Bestimmungen sind bei der Durchführung von Informations- und Kommunikationsmaßnahmen zu berücksichtigen?</p>	<p>Im Rahmen von RÜMSA sind bei der Durchführung von allen Informations- und Kommunikationsmaßnahmen die verbindlichen Vorschriften der Verwaltungsbehörde in dem <a href="#">Leitfaden für Begünstigte von Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) Vorschriften zu Informations- und Kommunikationsmaßnahmen für die Umsetzung der Operationellen Programme EFRE und EFS in der Förderperiode 2014-2020</a> zu berücksichtigen.</p> <p>Insbesondere in der Ausgabenposition für Öffentlichkeitsarbeit ist die Beachtung der Publizitätsvorschriften wichtig! Werden die Publizitätsvorschriften nicht vollständig beachtet, führt dies zur</p>

	<p>Nicht-Erstattung der angefallenen Ausgaben.          Siehe hierzu auch <a href="#">„Förderhandbuch ESF“ - Förderperiode 2014-2020 für den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt Abteilung 5 (in seiner aktuellen Fassung).</a></p>
11.4 Worauf ist bei der Verwendung weiterer Logos zu achten?	<p>Bei allen Informations- und Kommunikationsmaßnahmen ist in jedem Fall das ESF-Signet-Paar gut sichtbar darzustellen (siehe <a href="#">Leitfaden für Begünstigte von Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) Vorschriften zu Informations- und Kommunikationsmaßnahmen für die Umsetzung der Operationellen Programme EFRE und EFS in der Förderperiode 2014-2020</a>).</p> <p>Für Informations- und Kommunikationsmaßnahmen, die im Rahmen des Landesprogramms RÜMSA durchgeführt werden, gilt ergänzend folgende Regelung:          Bei der Verwendung weiterer Logos muss das ESF-Logo im Signet-Paar, bestehend aus EU-Fahne mit dem zugehörigen ESF-Schriftzug (ohne Emblem „Sachsen-Anhalt“), in Höhe oder Breite mindestens der Größe aller weiteren Logos entsprechen.</p>
11.5 Welches Vorgehen ist bei der Veröffentlichung von Texten und Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit zu berücksichtigen?	<p>Zu beachten ist, dass presse- oder kostenwirksame Maßnahmen (Pressemitteilungen, -einladungen, Flyer, Broschüren, etc.) vor der Veröffentlichung durch das MS genehmigt werden müssen.</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1.</li> </ol>
<p><b>12. Informationen zum Wettbewerbsverfahren (Ideenwettbewerb) der Handlungssäule II</b></p>	
12.1 Bis wann muss die Auswahl von Projekten in Handlungssäule II abgeschlossen sein, wenn das Projekt noch im laufenden Jahr beginnen soll?	<p>Die Durchführung der Ideenwettbewerbe muss mit der Auswahl der Projekte durch die Regionalen Arbeitskreise (RAK) bis zum 31.08. des jeweiligen Jahres abgeschlossen sein, um einen Projektstart der ausgewählten Projekte in Handlungssäule II noch im gleichen Jahr zu gewährleisten.</p> <p>Siehe hierzu auch <a href="#">„Zeitstrahl für regionale Koordinierungsstellen zur Entwicklung von Ideenwettbewerben“</a> im Bereich Service der RÜMSA Webseite.</p>
12.2 Welcher Ablauf ist bei der Kofinanzierung durch § 16 h SGB II bzw. § 48 SGB III vor der Ausrichtung des Ideenwettbewerbs zu beachten?	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Der Landkreis/die kreisfreie Stadt legt die Inhalte und Ziele für ein regionales Modellvorhaben fest und prüft, ob die Maßnahme über das Regelangebot von Schule, der Bundesagentur für Arbeit und den zugelassenen kommunalen Träger (zkT) hinausgeht und ob eine Abgrenzung zu bestehenden Maßnahmen in der Region gegeben ist.</li> </ol> <p>Siehe <a href="#">Geschäftsanweisung Berufsorientierungsmaßnahmen nach Drittes Buch Sozialgesetzbuch – SGB III § 48 SGB III (BOM)</a>.</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>2. Die Koordinierungsstelle erstellt auf der Grundlage der festgelegten regionalen Rahmenbedingungen den Aufruf für einen Ideenwettbewerb, den Antrag auf ein regionales Förder-</li> </ol>

	<p>budget gemäß 3.2 des Landesprogramms und eine dazugehörige Kalkulation über den Umfang der Ausgaben.</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>3. Die Koordinierungsstelle beantragt ein regionales Förderbudget beim MS und reicht den Musteraufruf für den Ideenwettbewerb zur Bestätigung ein.</li> <li>4. Die Agentur für Arbeit, das Jobcenter oder der zKT erhält parallel die Unterlagen und prüft auf Grundlage der vorliegenden Kalkulation die Höhe der Kofinanzierung.</li> <li>5. Die Agentur für Arbeit, das Jobcenter oder der zKT erteilt eine formlose Finanzierungszusage.</li> <li>6. Der Landkreis/die kreisfreie Stadt erhält durch das MS eine Bestätigung über die Höhe des Förderbudgets sowie die Bestätigung zum Aufruf des Ideenwettbewerbs.</li> <li>7. Veröffentlichung des Aufrufs zum Ideenwettbewerb durch die Koordinierungsstelle.</li> </ol> <p>Es wird empfohlen, die Landesnetzwerkstelle bei der Erarbeitung des Aufrufs für einen Ideenwettbewerb und des Antrags auf ein regionales Förderbudget einzubeziehen.</p>
<p>12.3 Was ist bei der Erstellung des Aufrufs zum Ideenwettbewerb und dem Antrag auf Förderbudget zu beachten?</p>	<p>Siehe hierzu auch <a href="#">„Handreichung für Gebietskörperschaften“</a> und den <a href="#">„Zeitstrahl für regionale Koordinierungsstellen zur Entwicklung von Ideenwettbewerben“</a> im Bereich Service der RÜMSA Webseite.</p> <p>Ergibt sich nach Bestätigung des Ideenwettbewerbs durch das MS die Notwendigkeit der Überarbeitung, ist die Steuerungsgruppe RÜMSA in Kenntnis zu setzen. Bei gravierenden inhaltlichen Änderungen bzw. der Änderung wichtiger Zielsetzungen ist eine Neubewertung durch den RAK erforderlich.</p>
<p>12.4 Was ist beim Ausfüllen der Tabelle „Zusammenfassung aller beantragten Förderbudgets 2019“ auf Seite 6 im Musterformular „Förderbudget Ideenwettbewerb“ zu berücksichtigen?</p>	<p>In der Spalte „Gesamt“ ist die Summe der Gesamtausgaben für alle Ideenwettbewerbe einzutragen, die in dem <i>jeweiligen Jahr</i> (z. B. 2019) bestätigt wurden. In den Spalten rechts daneben ist diese Summe dann, entsprechend der Bestätigung, auf die einzelnen Jahre aufzuteilen. Das Förderbudget eines Jahres (z. B. 2019) kann somit Haushaltsmittel und Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre beinhalten. Ideenwettbewerbe, die in den Vorjahren (z. B. 2018) bestätigt wurden, werden in dieser Tabelle nicht erfasst.</p> <p>In der Zeile unter der Tabelle („Hiermit beantrage ich/wir zur ... ein Förderbudget in Höhe von ... EUR.“) wird der Betrag des Förderbudgets für das beantragte Vorhaben eingetragen.</p> <p>Siehe Dokument <a href="#">„Förderbudget Ideenwettbewerb“</a> im Bereich Service der RÜMSA Webseite.</p>
<p>12.5 Wie ist das LVwA in das Auswahlverfahren einzubinden?</p>	<p>Die Auswahl der Projekte erfolgt durch den RAK. Hierbei sind die RÜMSA-Kooperationspartner angemessen zu beteiligen. Das MS und das LVwA können beratend im RAK mitwirken.</p> <p>Das LVwA erhält die finalen Bewertungsmatrizen aller Projektvorschläge, die finale Rangliste des RAK, das Protokoll der RAK-Sitzung und den/die zur Förderung ausgewählten Projektvor-</p>



	<p>schlag/Projektvorschläge zur Bestätigung der Projektauswahl.</p> <p>Das LVWA prüft die Unterlagen und bestätigt das RAK-Ergebnis.</p>
<p>12.6 Was ist bei der Verlängerung eines regionalen Förderbudget zu beachten?</p>	<p>Siehe hierzu den <a href="#">„Verlängerungsantrag für ein regionales Förderbudget“</a> und den <a href="#">„Zeitstrahl für einen Budgetantrag zur Verlängerung eines Projektes HS II“</a> im Bereich Service der RÜMSA-Webseite.</p>

## Anhang: Beispiel-Ablaufplan für die Verlängerung der HS I mit Projektende am 30.09.18 und geplantem Projektbeginn am 01.10.2018



Reflexion auf der Grundlage der erreichten Ziele	Einreichung der Entwurfsunterlagen bei der regionalen Steuerungsgruppe	Einreichung der Unterlagen beim MS	Erörterungsgespräch	Ggf. Überarbeitung der Unterlagen und Bestätigung durch das MS	Einreichung der bestätigten Unterlagen beim LVwA	Beginn der Projektverlängerung
Phase der Reflexion und Ideenfindung zwischen den Rechtskreispartnern und der Koordinierungsstelle anhand der erreichten Ziele im Projektzeitraum für die Weiterentwicklung der Handlungssäule I. Abstimmung mit der LNS wird empfohlen.	Vorlage der Entwürfe zum Umsetzungskonzept und der Zielvereinbarung für die Verlängerung bei der regionalen Steuerungsgruppe als Entscheidungsgrundlage. Ggf. ist eine Überarbeitung der Unterlagen notwendig.	Die durch die regionale Steuerungsgruppe bestätigten Unterlagen zur Verlängerung (Umsetzungskonzept, Zielvereinbarung) werden zur Vorprüfung beim MS eingereicht.	Vor-Ort-Termin mit der Steuerungsgruppe RÜMSA in der Kommune, um die eingereichten Unterlagen zu besprechen.	Ggf. sind das Umsetzungskonzept und die Zielvereinbarung nach dem Erörterungsgespräch zu überarbeiten. Abschließend erfolgt die Bestätigung der Unterlagen durch das MS.	Einreichung des bestätigten Umsetzungskonzeptes und der bestätigten Zielvereinbarung sowie der antragsbegleitenden Unterlagen beim LVwA. Dieses prüft die eingereichten Unterlagen und bewilligt die Verlängerung.	
<u>Zeitraum:</u> ca. 7 Monate vor dem Ende des Förderzeitraums beginnen	<u>Zeitraum:</u> ca. 6 Monate vor dem Ende des Förderzeitraums		<u>Zeitraum:</u> ca. 4 Monate vor dem Ende des Förderzeitraums		<u>Zeitraum:</u> ca. 2 Monate vor dem Ende des Förderzeitraums vollständige Vorlage aller Unterlagen	